

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Lothar Bisky, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/2594 –**

Einrichtung eines Integrationskanals

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Ministerpräsidentenkonferenz hat beschlossen, dass ARD und ZDF eine Stellungnahme zu einem Integrationskanal abgeben sollen. Die Idee zu einem Integrationskanal geht auf ein Ansinnen der Bremer Landesregierung zurück, die dazu auch ein Konzept vorgelegt hat. Ein solcher Kanal solle die Kommunikationsfähigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund (ca. 7,5 Millionen in Deutschland) stärken. Die Bremer Landesregierung hat als ersten Schritt eine Fensterlösung von drei bis vier Stunden Programm täglich vorgeschlagen. Diese würde 15 bis 25 Mio. Euro kosten. Später könne man sich auch ein Vollprogramm vorstellen. (Quelle: epd medien 64/2006, S. 15.)

1. Welche Position hat die Bundesregierung zu dem Projekt eines Integrationskanals?

Die Bundesregierung engagiert sich auch im Bereich der Medien für die Verbesserung der Integration von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund. Geeignete Maßnahmen, die eine entsprechende Identifikation, Teilhabe und Verantwortung der Betroffenen stärken, finden die grundsätzliche Unterstützung der Bundesregierung.

Mit Blick auf den Vorschlag der Einrichtung eines Integrationskanals weist die Bundesregierung darauf hin, dass damit der Bereich des inländischen Rundfunks betroffen ist, für den die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder besteht.

Der Vorschlag, einen Integrationskanal einzurichten, ist im Zusammenhang mit dem Integrationsgipfel der Bundesregierung vom 14. Juli 2006 durch die Länder in die Diskussion eingebracht worden. Die hieran Beteiligten sind sich in dem Ziel einig, dass weitere Maßnahmen zur Förderung der Integration durch Medien ergriffen werden sollten. Bei ihnen bestehen aber noch unterschiedliche Auffassungen über den wirksamsten Weg zur Erreichung dieses Ziels. In der

bisherigen Diskussion zeichnete sich eine Mehrheit dafür ab, im Interesse einer Verbesserung der Integration an Stelle eines gesonderten Integrationskanals integrationsfördernde Themen in den Vollprogrammen stärker zu berücksichtigen. Die Bundesregierung wird jede Maßnahme unterstützen, die eine verstärkte Einbindung wie auch die Förderung von Medienakteuren mit Migrationshintergrund zum Ziel hat.

2. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für eine Kooperation zwischen ARD und ZDF sowie der Deutschen Welle bei einem solchen Integrationskanal?

Zur grundsätzlichen Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Vorschlag eines Integrationskanals wird auf Antwort zu Frage 1 verwiesen. Die Bundesregierung wird unbeschadet dessen Kooperationsbestrebungen zwischen den Landesrundfunkanstalten der ARD, dem ZDF sowie der Deutschen Welle, die die mediale Förderung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zum Ziel haben, unterstützen.

Der deutsche Auslandsrundfunk hat seine grundsätzliche Bereitschaft zur Kooperation bereits bekräftigt. Die Klärung der Frage, ob und wie sich eine solche Zusammenarbeit darstellen kann, wird Aufgabe aller Beteiligten, insbesondere aber der Sendeanstalten selbst sein.